

SPD demokratischer Presse Dienst

P/XXX/44

5. Februar 1975

Die Todesstrafe ist abgeschafft

Grundgesetz-Prinzipien gegen parteipolitische Emotion

Von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
der Justiz

Seite 1 / 42 Zeilen

Die Infamie treibt durch das Land

Die CDU/CSU-Agitation muß abgestoppt werden

Seite 2 / 45 Zeilen

Verbale Kraftakte statt Argumente

CDU/CSU ohne jegliches Konzept in der beruflichen
Bildung

Von Dr. Rolf Meinecke MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bildungspolitik der
SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 und 4 / 57 Zeilen

Die politische Vertretung der Arbeitnehmer

Zur Kundgebung sozialdemokratischer Betriebsräte in
Dortmund

Seite 5 und 6 / 54 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-221
Telefon: 22 80 37 - 34
Telefax: 02 88 548 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Die Todesstrafe ist abgeschafft

Grundgesetz-Prinzipien gegen parteipolitische Emotion

Von Dr. Hans de With MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesjustizminister

Peter Lorenz war noch nicht frei. Und schon forderte der CSU-Abg. und Vizepräsident des Deutschen Bundestages Dr. Richard Jaeger die Todesstrafe bei Entführungen mit Todesfolge und bei Mord. Und schon meldete sich der hessische CDU-Vorsitzende und Bundestagsabg. Dr. Alfred Dregger mit dem Satz, daß "bei Überlegungen, wie Anarchisten zu begegnen sei, ... auch die Todesstrafe nicht ausgeschlossen werden" sollte.

Wenn dies der Auftakt zur Sicherheitsdebatte des Deutschen Bundestages in der nächsten Woche gewesen sein sollte, dann muß in aller Deutlichkeit folgendes festgestellt werden:

1/ Diese offenen oder versteckten Forderungen nach Einführung der Todesstrafe stellen nicht nur die von den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien grundsätzlich gemeinsam getragene und erst am 1. Januar 1975 in Kraft getretene Reform des Allgemeinen Teils des Strafgesetzbuches und die noch in der Beratung befindlichen Reform des Strafvollzugs in Frage. Diese Forderungen stellen auch das Grundrechtssystem unserer Verfassung in Frage. Denn Artikel 102 GG, der lapidar sagt: "Die Todesstrafe ist abgeschafft", steht in untrennbarem Zusammenhang mit den Sonderrchten auf Menschenwürde, Leben und körperliche Unversehrtheit.

2/ Beide Unions-Abgeordnete sind jeden Beweise dafür schuldig geblieben, daß mit der Todesstrafe eine wirksamere Abschreckung oder ein besserer Zugriff bei Entführungen und Terrorakten möglich ist.

3/ Wer in einer - verständlicherweise - von Emotionen geprägten Zeit die Forderung nach der Todesstrafe erhebt - aus welchen Gründen auch immer -, muß sich nicht nur der Leichtfertigkeit zeihen lassen. Er gerät in den Verdacht, vordergründig parteipolitische Ziele auf Kosten von Grundlagen zu verfolgen, von denen bisher alle im Bundestag vertretenen Parteien ausgegangen sind.

Aufgabe aller Demokraten sollte es sein, jenseits jeder kleinlichen Parteipolemik im Rahmen unserer rechtsstaatlichen Prinzipien dafür zu streiten, daß Terrorakte mit allem Nachdruck, aber auch mit aller Besonnenheit bekämpft werden. Das schließt eine Debatte über die Wiedereinführung der Todesstrafe aus, keineswegs aber eine Debatte über das Für und Wider von Maßnahmen zur inneren Sicherheit. (-/5.2.1975/bgy/ee)

+ + +

Die Infamie tragt durch das Land

Die CDU/CSU-Agitation muß abgestoppt werden

Die Skeptiker haben recht behalten. Mit der Solidarität der Demokraten, die während der Untergrundhafttätigung des Berliner CDU-Vorsitzenden vor allem von der CDU/CSU so oft beschworen wurde, ist es genau in dem Augenblick zu Ende, in dem der Mensch Lorenz, dessen Rettung die geballte Anstrengung des Staates gekostet hat, wieder auf freien Fuß war. Und es gehört wohl zu dem neuen Bild und Stil der CDU, daß der Mann, der es nicht eilig genug haben konnte, die sozialliberale Regierung und ihre Koalitionsparteien in rüder Form zu attackieren und sie praktisch für die Entführung von Lorenz verantwortlich zu machen, der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Professor Dr. Karl Carstens ist. Er ließ zudem ganz offen wissen, daß die Unionsparteien die Gelegenheit der für nächste Woche anberaumten Bundestagssitzung mit dem Thema innere Sicherheit nützen würden, um die Bundesregierung und die Koalitionsparteien zu zwingen, "Farbe zu bekennen", denn jetzt müßte mit der "Verharmlosung von Gewalt und Terror" endlich Schluß gemacht werden.

In diesen knappen Carstens-Sätzen ist das ganze Modell der Kampagne enthalten, die die Unionsparteien unter bedenkenloser Ausnutzung der im Rahmen der Lorenz-Entführung von der CDU/CSU selbst und von den ihr nahestehenden Medien, hier wieder insbesondere der Springer-Presse, inszenierten und geförderten Angstpsychose gezielt gegen die Bundesregierung, gegen die Koalitionsparteien und vor allem gegen die SPD führen wollen. Die Unionsparteien setzen auf diese von ihnen geschürte Emotionalisierung der Massen, weil sie in einem solchen ungesund überhitzten Klima die großen Fischzüge bei den bevorstehenden Landtagswahlen machen zu können glauben. Das staats- und gesellschaftspolitisch Bedenklichste an diesem Unions-Vorhaben ist die Tatsache, daß, wie bereits vorliegende Beispiele zeigen, die ganze Kampagne unterschwellig und offen zugleich mit den zerstörerischen Mitteln der Infamie und der Verleumdung arbeiten will und wird.

Die SPD ist jedenfalls entschlossen, der Stimme der Vernunft und der demokratischen Rechtsstaatlichkeit mit allen zulässigen Mitteln Gehör zu verschaffen, um zu verhindern, daß der Morast der CDU/CSU-Agitation zu hoch aufspritzt und damit auch noch das Bild und Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Welt gefährdet. Der Infamie, die durch das Land tragt, muß Einheit geboten werden, damit wir Deutsche uns noch selbst ins Gesicht sehen können.
(ee/5.3.1975/ks/ee)

+ + +

Verbale Kraftakte statt Argumente

CDU/CSU ohne jegliches Konzept in der beruflichen Bildung

Von Dr. Rolf Meinecke MdB

Vorsitzender der Arbeitsgruppe Bildungspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Seit Wochen bestreitet die CDU/CSU die Debatte um die Reform der beruflichen Bildung statt mit fundierten Argumenten mit verbalen Kraftakten. Die große Verlegenheit, in der sich die Opposition befindet, kam vor allem in ihrer Stellungnahme zu dem Referentenentwurf von Bildungsminister Helmut Rohde zum Ausdruck. Es heißt darin z.B., daß dieser Entwurf kein "geeignetes Instrumentarium für die gegenseitige Abstimmung von Ausbildungsordnungen und schulischen Rahmenlehrplänen" vorsehe. Dabei ist das gerade ein Schwerpunkt des neuen Entwurfs.

In dem Bundesinstitut für Berufsbildung, das in Zukunft berufliche Praxis und Berufsbildungsforschung miteinander verbinden soll, wird diese Abstimmung der Ausbildungsinhalte zwischen den Lernorten Betrieb und Schule besser und praxisbezogener vorgenommen werden können, als das unter den bisherigen Voraussetzungen der Fall war. Auf Bundesebene wird es nicht mehr eine unüberschaubare Fülle von Gremien geben, in denen Ausbildungsvorlagen oft über Jahre hin- und hergeschoben werden. In dem neuen Bundesinstitut sollen künftig Bund und Länder sowie Gewerkschaften und Arbeitgeber - also die Träger der beruflichen Bildung - zusammenwirken. Außerdem will die Bundesregierung im Laufe des Gesetzgebungsverfahrens den Ländern den Vorschlag unterbreiten, ein Verwaltungsabkommen zu schließen, nach dem in Zukunft sichergestellt ist, daß neue Ausbildungsinhalte für Schule und Betrieb gleichzeitig in Kraft treten.

Damit trägt sie der Tatsache Rechnung, daß den Ländern als den für die Berufsschulen Verantwortlichen bei der Reform der beruflichen Bildung eine große Mitverantwortung zukommt. Es ist deshalb zu begrüßen, daß Bundesminister Helmut Rohde durch seine Beratungen mit der Kultusministerkonferenz am 19./20. September letzten Jahres in Stuttgart über die Grundzüge der Reform die Länderkultusminister bereits frühzeitig in den Meinungbildungsprozeß einbezogen hat und diese Gespräche in Kürze fortsetzen will, um die

5. März 1975

vorgesehenen Detailregelungen zu erörtern. Mit ihren Vorwürfen will die Opposition von dem Tatbestand ablenken, daß sie sich in ihren eigenen Reihen auf kein Konzept für die Reform der beruflichen Bildung einigen konnte. Bisher sind in der CDU/CSU nur oberflächliche Kompromißformeln zwischen den Sozialwissenschaftlern, dem Arbeitgeberlager und den Bildungspolitikern gefunden worden. Oberflächlich deshalb, weil sie überhaupt keine Konturen für konkrete Lösungen im beruflichen Bildungsbereich erkennen lassen.

Die einen erklären in der CDU/CSU, daß sie einer überbetrieblichen Finanzierung der beruflichen Bildung aufgeschlossen gegenüberstehen. Die anderen lehnen das kategorisch ab. Soweit es die Organisation der beruflichen Bildung und die Mitwirkung der Beteiligten angeht, verkriecht sich die Opposition hinter sibyllinischen Formulierungen. So hieß es im Hamburger Parteitagebeschuß der CDU: Der Bundesausschuß für berufliche Bildung müsse umstrukturiert werden. Was das Ergebnis dieses Umbaus sein soll, welche Aufgaben von wem auf Bundesebene erfüllt werden sollen und in welcher Weise die Verbindung zwischen Bund und Ländern herzustellen ist - das alles blieb im Dunkeln.

Hinter starken Worten eigene Konzeptionslosigkeit zu verstecken, ist ein Zeichen von Verlegenheit in der Politik. Die CDU/CSU wird damit in der Berufsbildungsdebatte nicht über die Runden kommen. Ihre Abhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen, ihre Aversion gegenüber der Mitwirkung von Arbeitnehmern im beruflichen Bildungsbereich, ihre Engherzigkeit gegenüber Finanzregelungen, die zur besseren Absicherung des Ausbildungsangebotes führen können, werden sich als Klötze am eigenen Bein erweisen. Angesichts der Probleme, denen wir uns heute vom Lehrstellenangebot bis hin zur Zukunft der beruflichen Bildung gegenübersehen, ist es mit verbalen Kraftakten und Anrempelereien nicht getan. Wer nicht konkret wird bei dem, was er will, scheidet sich als ernsthafter Partner selbst aus der Debatte um die Berufsbildung aus.

(-/5.3.1975/ks/pr)

+ + +

Die politische Vertretung der Arbeitnehmer

Zur Kundgebung sozialdemokratischer Betriebsräte in Dortmund

Nehazu zweitausend sozialdemokratische Betriebsräte und Gewerkschafter werden zu der Betriebsrätekundgebung der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen erwartet, die am 8. März in der Westfalenhalle in Dortmund stattfindet. Mit dieser Kundgebung will die SPD deutlich machen, daß sie sich als starke und führende Kraft der Vertretung von Arbeitnehmerinteressen versteht und die einzige politische Partei in der Bundesrepublik ist, die auf Dauer Arbeitnehmerpolitik garantiert.

Der Einheit sozialdemokratischer Politik und der solidarischen Verbundenheit mit der Arbeitnehmerschaft wird durch die Referate des Parteivorsitzenden Willy Brandt, des Bundeskanzlers Helmut Schmidt, des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner und des Bundesarbeitsministers Walter Arendt Ausdruck gegeben. Grußworte an die Teilnehmer werden Ministerpräsident Heinz Kühn, der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter und die stellv. DAG-Vorsitzende Gerda Hesse richten.

Die SPD will mit dieser Veranstaltung die in der Zeit vom 1. März bis 31. Mai stattfindenden Betriebsrätewahlen, für die ausschließlich die Gewerkschaften zuständig sind, parteipolitisch nicht beeinflussen. Aber es ist legitim, in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, daß von der SPD, seit sie Regierungsverantwortung übernommen hat, die Position der Arbeitnehmer in Betrieb und Gesellschaft Schritt für Schritt gestärkt wurde. Einen bedeutenden Schritt auf dem Wege zur gleichberechtigten Mitbestimmung der Arbeitnehmer stellt das Betriebsverfassungsgesetz von 1972 dar.

Wäre es nach der CDU/CSU gegangen, gäbe es heute kein neues Betriebsverfassungsgesetz. Bei der dritten Lesung im Bundestag versagte die Opposition dem Gesetz ihre Zustimmung. Nur eine isolierte Minderheit von 21 CDU-Abgeordneten stimmte dem Gesetz zu. Im Bundesrat versuchten die Vertreter von CDU/CSU durch Anrufung des Vermittlungsausschusses das Gesetz nachträglich zu Fall zu bringen. Auch dieser Versuch scheiterte. "Das Betriebsver-

5. März 1975

fassungsgesetz, nach dessen neuer Fassung nun zum zweiten Mal Betriebsräte gewählt werden, ist ein klassisches Beispiel dafür, daß die Arbeitnehmer sowohl auf ihre politische, als auch auf ihre gewerkschaftliche Stärke angewiesen sind", hat Herbert Wehner auf einer Betriebsrätekonzferenz in Hamburg betont.

Das SPD-Präsidium hat die Sozialdemokraten in den Betrieben aufgerufen, bei den Betriebsrätewahlen die Vorschlagslisten der Gewerkschaften solidarisch zu unterstützen, sich für Kandidaturen zur Verfügung zu stellen sowie für eine hohe Wahlbeteiligung zu sorgen. Keine lobenden Worte für die Gewerkschaften fanden die CDU-Sozialausschüsse auf ihrer Bundesbetriebsräte- und Personalrätekonzferenz in Recklinghausen. Es hagelte nur so von Vorwürfen und kritischen Bemerkungen gegenüber den Gewerkschaften. Der CDU-Vorsitzende Dr. Helmut Kohl verstieg sich in seiner Rede sogar zu der Behauptung, daß die Gewerkschaften durch ihre falsch verstandene Solidarität mit der SPD die Einheitsgewerkschaft und damit die Durchschlagkraft bei der Wahrnehmung der sozialen Anliegen der Arbeitnehmer gefährden.

Die von der CDU angekündigten sechlichen Alternativen zur Politik der sozialliberalen Koalition blieben jedenfalls auch auf dieser Veranstaltung aus. Welchen Stellenwert Arbeitnehmerinteressen in der CDU einnehmen, wurde aus dem Referat des Sozialausschuß-Mitglieds Bruno Lorenz deutlich: "Wir hoffen, daß die Parteiprogramme der CDU in den achtziger Jahren und ihre praktische Politik heute und in Zukunft deutlich machen, daß der Arbeitnehmer den Platz eingeräumt bekommt, der ihm aufgrund seiner soziologischen Stellung zukommt." Es ist das Elend der Sozialausschüsse, daß sie auch künftig nur mit Hoffnungen leben, aber nicht mit politischen Erfolgen in der CDU rechnen dürfen.

Walter Edenhofer
(-/5.3.1975/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller